

14.09.2020

Das Interview stammt aus der Zeitschrift Franziskaner, Sommer 2020

Moria – die Schande Europas

"Es wird jeden Tag schlimmer und kaum ein Mensch redet darüber"

Der Schweizer Soziologieprofessor Jean Ziegler war als Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats im Mai 2019 im EU-Flüchtlingslager Moria auf Lesbos und beobachtet seither intensiv die Entwicklung auf den griechischen Inseln. Thomas Meinhardt, Redakteur der Zeitschrift Franziskaner, sprach Anfang Mai dieses Jahres mit dem 86-Jährigen über die Situation der Flüchtlinge.

Herr Professor Ziegler, hat sich seit Ihrem Besuch vor einem Jahr irgendetwas an den menschenunwürdigen Zuständen im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos verändert?



Jean Ziegler beim „Gipfel der Alternativen“ 2015 in München. Bild von wikipedia.com

Es wird jeden Tag schlimmer und kaum ein Mensch redet darüber. Die Corona-Pandemie hat alle anderen Themen verdrängt. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen versuchen zwar, die schreckliche Situation der Flüchtlinge in die öffentliche Debatte zu bringen. Aber das scheint derzeit sehr schwierig.

Wie und warum verschlimmert sich die Lage auf den griechischen Inseln?

Seit vielen Jahren herrscht in Moria und auch in den anderen Lagern eine totale Überfüllung,

ein schreckliches Gedränge. Der durchschnittliche Lebensraum für eine Person beträgt ganze 3,5 Quadratmeter. In den Containern werden jetzt zwei Familien untergebracht, nur getrennt durch eine Plane, die an der Decke befestigt ist. Auch bei der Nahrungsmittelausgabe stehen die Menschen zwei oder drei Stunden jeden Tag ganz dicht gedrängt vor den Ausgabeschaltern. Hier irgendwelchen Abstand zu halten, ist völlig unmöglich, wenn sie irgendeinen dieser Plastikbehälter ergattern wollen. Hinzu kommt, dass diese Nahrung nicht selten völlig ungenießbar ist. All das führt dazu, dass die Immunabwehr der Menschen durch die organisierte und permanente Unterernährung weiter geschwächt wird.

Für ungefähr 11.000 Menschen gibt es – wenn er denn funktioniert – einen Wasserhahn, und auch die Hygienesituation ist fürchterlich: Eine Toilette ist für 110 Personen vorgesehen.

Jetzt droht auch noch die Pandemie, und es ist ein Hohn, wenn man die Menschen in den Lagern auffordert, die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten. Es sind derzeit 24.000 Menschen in Moria, einer alten Kaserne, untergebracht, die einmal für 2.800 Soldaten gebaut wurde. In den inoffiziellen Lagern in den Olivenhainen ist es noch viel extremer. Warum geschieht fast gar nichts außer ein paar symbolischen Maßnahmen wie die Evakuierung einiger weniger unbegleiteter Kinder und Jugendlicher aus den Lagern?

Die unmenschlichen Zustände hinter den Gittern dieser Lager – Papst Franziskus bezeichnete sie nach einem Besuch schon 2017 als eine Art Konzentrationslager –, die Pushbacks, die oft gewaltsam auf hoher See durchgeführt werden, das völlige Schließen der Grenzen für Flüchtende, all dies ist politisch gewollt. Warum ist das so? Die Flüchtlinge werden von der EU in erster Linie als Bedrohung für die europäische Lebensweise angesehen. So hat beispielsweise die EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, am 3. März dieses Jahres nach der gewaltsamen Abwehr der Flüchtlinge aus der Türkei durch die griechischen Sicherheitskräfte in Athen der griechischen Regierung gratuliert: Sie sei das Schild Europas. Mein Kommentar dazu lautet: Sie bewahrt uns vor den Barbaren, die uns bedrohen.

Um die Flüchtlingszahlen herunterzufahren, liquidiert die EU faktisch das Asylrecht, und die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern hinter Stacheldraht haben das Ziel, die Flüchtlinge abzuschrecken und von der Flucht abzuhalten. Das ist doppelt verwerflich, da es auch noch das moralische Fundament der EU untergräbt. Und es ist unwirksam. In dem Moment, in dem wir miteinander sprechen, lassen die Massenmörder Putin und Assad Wohnquartiere, Schulen, Krankenhäuser und Marktplätze in Idlib bombardieren, wo immer noch drei Millionen Menschen leben. Wenn die Menschen dies erleben und vielleicht auch noch Kinder haben, dann versuchen sie alles, um von dort wegzukommen, egal wie die Nachrichten über die Situation auf Lesbos sind. Und jeder von uns würde wohl in solch einer Situation das Gleiche tun.

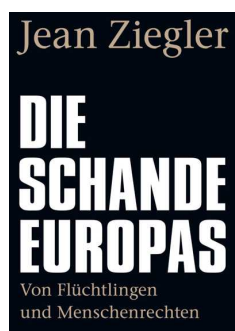
Das Asylrecht ist ein universelles Menschenrecht. Artikel 14 der UN-Charta sagt, wer, wo auch immer, in seinem Heimatland verfolgt wird, hat das Recht, in einem anderen Land Asyl zu beantragen. Ob er oder sie dann als Asylbewerber anerkannt wird, ist etwas anderes. Aber erstmal hat jede und jeder das unbedingte Recht, Asyl zu beantragen. Die Flüchtlinge daran zu hindern, indem sie gewaltsam ferngehalten oder direkt abgeschoben werden, verhindert, dass Menschen ihr Menschenrecht überhaupt ausüben

können. Warum ist das in Europa möglich? In einem Europa, dessen Fundament der Humanismus ist. Wir befinden uns ja nicht in einem diktatorisch regierten Staat.

Was kann getan werden, wenn die Weigerung einiger EU-Staaten anhält, sich überhaupt an der Verteilung von Flüchtlingen zu beteiligen? 2016 hat die EU ein multinationales Aufnahmeprogramm mit einem Verteilungsschlüssel je nach wirtschaftlichen Möglichkeiten und Bevölkerungszahl beschlossen. Hieran müsste sich jedes Land der EU halten. Zurzeit leben auf dem griechischen Festland circa 82.000 Flüchtlinge und in den Lagern auf den griechischen Inseln nochmal ungefähr 42.000 Menschen. Das sind zusammen kaum mehr als zehn Prozent der Anzahl von Flüchtlingen, die allein Deutschland 2015 aufgenommen hat.

Einige vor allem osteuropäische EU-Staaten haben sich geweigert, überhaupt Flüchtlinge aufzunehmen. Sie bedrohen die wenigen hilfeschuchenden Menschen, die es zu ihnen schaffen mit drakonischen Strafen, wehren sie mit Stacheldraht und bissigen Hunden ab. Der polnische Ministerpräsident hat zur Begründung dieser Politik erklärt: „Polen nimmt keine Flüchtlinge auf, weil wir die ethnische Reinheit Polens bewahren müssen.“

Das ist Nazi-Vokabular.



Buchtitel: Jean Ziegler, Die Schande Europas

Und was macht die EU-Kommission gegen diese Rassisten? Kaum etwas. Dabei hätte sie alle Mittel dazu. Sie könnte beispielsweise die Milliardenzahlungen aus dem EU-Kohäsionsfonds an die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit binden. Das waren allein für die Jahre 2014 bis 2020 nur aus diesem Fonds 63,8 Milliarden Euro, die zu einem beträchtlichen Teil

an osteuropäische Staaten geflossen sind. Die Idee dieses EU-Kohäsionsfonds ist es, weniger entwickelte EU-Staaten zu stärken, um das wirtschaftliche Gefälle zwischen den verschiedenen EU-Staaten zu verringern. Frau von der Leyen und die Kommission könnten beispielsweise erstmal für 14 Tage oder vier Wochen die Zahlungen an Länder aussetzen, die sich nicht an die grundlegenden Menschenrechte halten. Das würde die Regierungen in Prag, Warschau, Budapest wahrscheinlich rasch davon überzeugen, dem Verteilschlüssel zuzustimmen.

Warum tut Frau von der Leyen dies nicht?

Ich vermute, dass hierbei eine Rolle spielt, dass ihre knappe Wahl zur Kommissionspräsidentin im Europaparlament mit 9 Stimmen gerade von Abgeordneten der jeweiligen Regierungsparteien aus Ländern wie Ungarn und Polen gesichert wurde. Sie verdankt ihre Wahl auch der Zustimmung dieser rechtsextremen Regierungen.

Dazu kommt die Angst vieler konservativer Politiker, mit einer humanen und rechtsstaatlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik den stärker werdenden rechtsextremen Parteien und Bewegungen überall in der EU Munition für ihre Hassparolen zu liefern. Man meint, ihnen Argumente zu nehmen und sie zu schwächen, wenn man Teile ihrer nationalistischen und rassistischen Forderungen übernimmt. Doch die historische Erfahrung zeigt, das Gegenteil ist sehr viel wahrscheinlicher. Denn: Mit Rassisten kann man nicht verhandeln. Gibt man ihnen den kleinen Finger, nehmen sie die ganze Hand.

Rassisten, Antisemiten, Antiislamisten sind Feinde der Menschheit. Sie müssen mit allen demokratischen, verfassungsgemäßen und friedlichen Mitteln bekämpft werden. Zu glauben, man könne sie mit Kompromissen besänftigen, funktioniert nicht.

Einige Soziologen sprechen schon heute davon, dass die Abschreckungsstrategie gegenüber Flüchtlingen der Beginn eines Selbstmordes der EU sei. Die Römischen Verträge sprechen ja von einem kontinentalen Rechtsstaat. Wenn dieser kontinentale Rechtsstaat aber seine Grundlagen willentlich liquidiert, fürchterliches Leid schafft, Grenzen schließt ... mit militärischen Mitteln gegen hilfeschuchende Menschen vorgeht und in Ungarn und Polen autoritäre Regierungen faktisch toleriert, dann ist das der Anfang vom Ende der Europäischen Union, dieses kontinentalen Rechtsstaates. Und das muss verhindert werden. Weiß Gott, die EU ist ein großer Fortschritt, etwas, das wir in Zukunft weiterhin brauchen. Als Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung habe ich acht Jahre lang fürchterliche Situationen in den Slums in aller Welt gesehen, verhungernde Kinder, unvorstellbare Armut ... Aber etwas wie in Moria habe ich noch nie gesehen: nämlich die Selbstmordversuche, die Selbstverstümmelung von Kindern, 10- oder 12-jährigen Kindern. Die Ärzte ohne Grenzen haben außerhalb des umzäunten Bereichs eine Kinderpsychiatrie aufgebaut. Allein in Moria leben ungefähr 6.000 unbegleitete Minderjährige. Viele sind Überlebende von Bombardements oder Überlebende eines Schiffbruchs in der Ägäis. Zahlreiche dieser Kinder stechen sich mit Messern in die Arme oder Beine oder versuchen, Selbstmord zu begehen. Und einigen gelingt es auch. Die Leiterin der Klinik, eine junge Belgierin, sagte mir, das ist ein letzter Hilfeschrei der Verzweiflung, weil niemand sie hört. Und das hat die EU zu verantworten.

Dabei sind die meisten der EU-Staaten lebendige Demokratien. Deutschland beispielsweise ist eine lebendige Demokratie und zudem die stärkste Wirtschaftsmacht in der EU. In einer solchen Demokratie gibt es keine Ohnmacht. Es gibt eine freie Presse, es gibt das Grundgesetz, Demonstrationenfreiheit bis hin zum Generalstreik. Das gibt uns alle Waffen in die Hand, die Regierung zu zwingen, die Politik in Brüssel radikal zu ändern und die Flüchtlinge, ich meine hier vor allem die politisch Verfolgten und die Kriegsflüchtlinge, nicht als Bedrohung zu sehen, sondern als gepeinigte, schutzsuchende Menschen, denen Schutz gewährt werden muss. Wir können also eine radikale Wendung der europäischen Politik von der Abschreckung zur Gastfreundschaft durchsetzen, wenn bei uns in den Ländern der Freiheit ein Aufstand des Gewissens erfolgt. Da Appelle alleine nicht genügen, bleibt die Frage, wie der politische Druck erhöht werden kann, um eine solche Politikänderung in Europa durchzusetzen?

Indem wir das Pandemie-Argument jetzt einsetzen. Die Situation auf Lesbos beispielsweise ist zwar schon lange schrecklich, doch jetzt, wo die Pandemie droht, verschärft sich die Krise noch einmal radikal. Denn man weiß, dass es für die Menschen in den Lagern keinerlei Schutz gibt; dass ein Infektionsherd beispielsweise in Moria wahrscheinlich einen riesigen Umfang annehmen und, da das Virus keine Grenzen kennt, auf das Festland überspringen und von dort eine zweite, wahrscheinlich noch mörderischere Welle in Europa auslösen würde. Deshalb ist die vollständige und rasche Evakuierung der völlig überfüllten Flüchtlingslager dringend notwendig. Und zwar nicht nur aus moralischen und humanitären Gründen, sondern auch aus ganz egoistischen Gründen, um das Übergreifen auf ganz Europa zu verhindern. Das müsste eigentlich dazu führen, dass auch die EU-Kommission endlich aufwacht.

Ich glaube, dass Frau Merkel – insbesondere da Deutschland am 1. Juli diesen Jahres den EU-Ratsvorsitz übernommen hat – imstande wäre, das auch durchzusetzen. Sie hat als einzige Staatschefin 2015 die richtigen Worte gefunden. Sie ist die mächtigste Person in der EU, und Deutschland ist in diesen Fragen für mich immer noch ein Vorbild. Wenn sie sagt, jetzt ist aus humanitären Gründen und um unsere Bevölkerung vor der Pandemie zu schützen, die Zeit, Europa zu retten und die Menschen zu retten, dann würde es auch geschehen.

Das Interview stammt aus der [Zeitschrift Franziskaner, Sommer 2020](#)